



Ralph Brinkhaus

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail: ralph.brinkhaus@bundestag.de

**Persönliche Erklärung zur namentlichen Abstimmung
(§ 31 GO des Deutschen Bundestages)**

Drucksache 17/4402

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

am 28.01.2011 im Deutschen Bundestag.

Am 26.02.2010 habe ich der weiteren Beteiligung der Bundeswehr an der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan zugestimmt, weil ein schneller Rückzug ein Vakuum hinterlassen hätte, das nicht zu verantworten gewesen wäre. Das trifft leider auch heute noch zu.

Ich habe großen Respekt vor der Leistung unserer Soldaten, Polizisten und Aufbauhelfer. Trotzdem stehe ich dem Einsatz in Afghanistan weiterhin kritisch gegenüber. Seit gut einem Jahr wird nun eine neue Strategie verfolgt. Es ist letztlich zu früh ist, die Auswirkungen dieser Strategie zu bewerten. Neben einigen Rückschritten ist aber nicht zu übersehen, dass es erste Ansätze einer positiven Entwicklung gibt:

Die zivile Komponente wurde erheblich gestärkt und die Ausbildung afghanischer Soldaten und Polizisten vorangetrieben. Die Sicherheitslage beginnt, sich in einigen Bereichen leicht zu stabilisieren. Die Zahl der im Rahmen von Operationen der Alliierten getöteten Zivilisten ist immer noch viel zu hoch – aber gegenüber dem Vorjahr signifikant zurückgegangen. Insgesamt gibt es zwar mehr Zwischenfälle als in den Vorjahren, was aber auch angekündigt war und auf die gestiegene Truppenstärke und Operationsdichte zurückzuführen ist. Im Hinblick auf die politische Entwicklung sind erste, leider nur kleine, Fortschritte erkennbar.

Auch wenn die Lage weit davon entfernt ist, gut zu sein, geben diese Entwicklungen Anlass zur Aussicht, dass mit der Reduzierung unserer Präsenz in Afghanistan in absehbarer Zeit begonnen werden kann.

Daher stimme ich heute für eine Verlängerung des Mandates – allerdings in der Erwartung und mit dem Anspruch, dass im nächsten Jahr die Erfolge der neuen Strategie deutlicher sichtbar werden.

Berlin, den 28. Januar 2011